



Luxemburger Wort

Arbeiten am gemeinsamen Währungshaus

Ende des Monats steuert der Euro auf seine nächsten Reformen zu

Auf dem europäischen Gipfel in Brüssel werden die Weichen gestellt für eine Festigung des europäischen Währungsraumes in stürmischen Zeiten. Wichtige Vorarbeiten hat das deutsch-französische Gipfeltreffen in dieser Woche geleistet.

Um zu beurteilen, ob diese Weichenstellung in die richtige Richtung geht, sollte man in der Debatte um die Reformen im Euroraum zwei Ebenen unterscheiden. Zum Ersten geht es um die Bewältigung von Wirtschafts- und Finanzkrisen sowohl in Regionen sowie auch im gesamten Europäischen Währungsraum. Regionale und das gesamte Währungsgebiet betreffende Schocks sind oft miteinander gekoppelt und können auch Ausdruck langjähriger politischer Fehlentwicklungen sein. Für solche Krisenfälle sind die jetzt gestärkten gemeinschaftlichen Krisenmechanismen sinnvoll, um Eskalationen für das gesamte Währungsgebiet zu verhindern und um die Bewältigung von Krisen in der betroffenen Region zu erleichtern. Zentrale Institution der Krisenbewältigung ist künftig ein Europäischer Währungsfonds.

Davon abgrenzen sollte man eine zweite Diskussionsebene, in der es um einen allgemeinen Ausgleich von ökonomischen Standards in der Union geht. In der Europäischen Union und der Währungsunion unterscheiden sich Lebensstandards und ökonomische Rahmenbedingungen so deutlich, dass eine weitere Angleichung in den Augen vieler Unionsbürger grundsätzlich wünschenswert ist (solange niemand dafür bezahlen muss).

Damit befindet man sich bereits in einer Debatte über ein föderales Europa. Hier gibt es Möglichkeiten, aber auch Grenzen. Möglichkeiten gibt es bei der gemeinsamen Durchführung von wirklichen Gemeinschaftsaufgaben. Neben der bereits vergemeinschaftlichten Handelspolitik stehen hier Verteidigung und Grenzschutz sowie strategische Innovationen ganz oben auf der Liste (die ansonsten relativ kurz ist).



Der Aufbau solcher gemeinsamen Politiken und Etats hat in den Bevölkerungen wesentlich mehr Rückhalt als die Schaffung von abstrakten gemeinsamen Finanztöpfen. Solche gemeinsamen Projekte sind besser geeignet, europäische Identifikationsflächen zu bieten als ein gemeinsamer Finanzminister. Und gerade innerhalb solcher Gemeinschaftsaufgaben können erhebliche finanzielle Entlastungen von finanzschwachen Regionen gestaltet werden, also auch föderalistische Ziele erreicht werden. Von einer wirklich föderalen Aufstellung ist Europa jedoch politisch und verfassungsrechtlich noch weit entfernt. Für sehr lange Zeit muss daher - bei allen Angeboten europäischer Solidarität im Krisenfall – die Selbstverantwortung der Staaten für ihre finanzielle Solidität im Vordergrund stehen.

Gemeinschaftliche Risikomechanismen können daher Eigenanstrengungen nicht ersetzen: Ohne eine kontinuierliche Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in allen Mitgliedsländern an die sich ebenfalls kontinuierlich ändernden Anforderungen der Weltwirtschaft wird Europa die enormen Herausforderungen des fortwährenden Strukturwandels nicht bewältigen und seinen bisherigen Wohlstand langfristig gefährden. Dort, wo in Europa in der Vergangenheit Reformen durchgeführt wurden, wirken sie positiv. Einige Länder, wie etwa Italien, haben jedoch einen so weitreichenden aufgestauten Reformbedarf, dass die bisherigen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichen, um Fortschritte bei der Solidität des Staatshaushalts und bei der Erhöhung des Lebensstandards zu erreichen.

Daher ist es nicht so sehr die organische Weiterentwicklung, die wir jetzt in Brüssel erleben werden, sondern vielmehr die italienische Regierungspolitik, die das Schicksal der Währungsunion – und der Finanzmärkte – in den kommenden Monaten beeinflussen wird. Kommt die bunte Koalition in Rom am Ende zu einer Einigung mit der Union über ihren im Herbst aufgestellt Haushalt, ist dies ein positiveres Zeichen als der Ausbau der Risikomechanismen – für die Italien sowieso zu groß wäre. Gehen die italienischen Politiker auf Konfrontationskurs, schlittert der Euro in seine nächste Krise. So oder so: Belastungen der Finanzmärkte sind vorhersehbar.

Autor:

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater; DekaBank, Makro Research; Tel. (0 69) 71 47 - 28 49; E-Mail: economics@deka.de

Internet: <https://deka.de/deka-gruppe/research>

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>



Makro Research
Freitag, 22. Juni 2018

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-)Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese frei bleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.